

Schulreform und politische Bildung

1967 - 1969



Sehr geehrter Herr Kahl !

Das Landesinstitut für schulpädagogische Bildung, das für NRW zuständige Staatliche Lehrerfortbildungsinstitut, veranstaltet in einigen Wochen eine Tagung, bei welcher Lehrer der Gymnasien zusammenkommen, um über die politische Bildung im Gymnasium zu diskutieren. Im Verlauf dieser Tagungswoche möchten wir auch diejenigen zu Wort kommen lassen, für die die Bemühungen um die politische Bildung gedacht sind: die Schüler. Als der Leiter dieser Tagung schreibe ich daher an Sie, um Sie zu fragen, ob Sie an einer Podiumsdiskussion zwischen fünf Schülern und einer gleichen Zahl Lehrer teilnehmen wollen. Zuhörer sind die etwa 35 Tagungsteilnehmer, zu denen noch einige Gäste hinzukommen. Diese Diskussion soll unter der Frage stehen: "Was erwarten die Schüler hinsichtlich der politischen Bildung von ihrer Schule?" Diese Diskussion findet am Mittwoch, d. 22. November 1967, (Buß- und Betttag), um 15.00 Uhr statt und wird meiner Vermutung - mit Pausen u.a. - etwa 2-3 Stunden dauern.

Ihr Name ist mir über einen Kollegen von Schülern der Kreuzgasse genannt worden, und ich hätte Sie wegen Ihrer jetzigen und zukünftigen Tätigkeit in der SMV gerne bei dieser Veranstaltung.

Ihre Fahrkosten erhalten Sie erstattet, bei Ihrem Aufenthalt an der Tagungsstätte BURG-HOTEL Volmarstein/Ruhr, sind Sie Gast des Landesinstituts. Im übrigen kann ich Ihnen noch ein Anerkennungshonorar von 30.--DM anbieten. Volmarstein erreichen Sie mit der Bahn über Hagen; von dort sind es nur noch etwa 10 Minuten Fahrzeit.

Sie sind also herzlich eingeladen, und ich denke, daß auch Sie diese Veranstaltung interessieren wird. Bitte schreiben Sie mir bald, ob Sie zusagen können; die Zeit ist für die Vorbereitung ziemlich fortgeschritten. Ihr Direktor ist darüber informiert, daß ich Sie eingeladen habe.

Mit freundlichen Grüßen

Ihr
W. Goppel

Die Schüler zur Unruhe ermuntert

Nicht nur in Köln kam die Diskussion um Reformbestrebungen auf

Als Schüler sich in Köln zusammenfanden, um das Ihre zur Schulreform beizutragen, berichtete der Kölner Stadt-Anzeiger ausführlich darüber und stellte es zur Diskussion (vgl. Kölner Stadt-Anzeiger vom 4./5. November). Eltern, Lehrer und Schüler kamen dabei zu Wort. Kölner Beiträge zum Thema Schüler und Schulreform gab es inzwischen aber auch bei Diskussionen an Ruhr und Main.

Gleich zwei Kölner nahmen an einer Podiumsdiskussion des Landesinstituts für Schulpädagogische Bildung in Volmarstein an der Ruhr teil. Vor den Teilnehmern einer Studienkonferenz für politische Bildung und Erziehung sagten der zweite Stadtsprecher der Kölner Gymnasien, Thomas Kahl, und die stellvertretende Vorsitzende des Politischen Arbeitskreises

Oberschulen in Köln, Anke Schulze-Reimpell, was sie hinsichtlich der politischen Bildung von ihrer Schule erwarten.

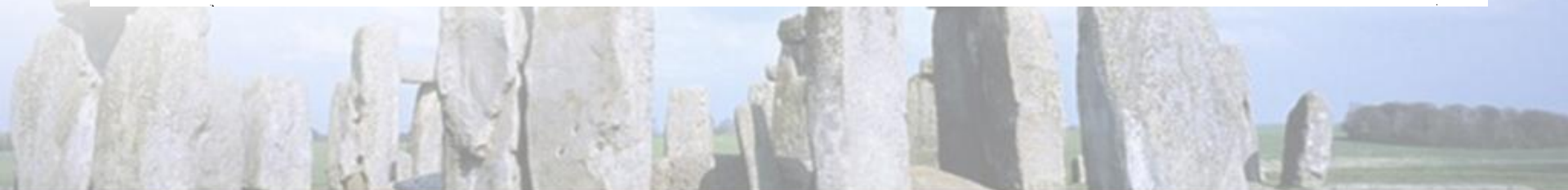
Thomas Kahl, der darüber berichtet, meint: „Das Ergebnis des Gesprächs war sehr interessant, insbesondere deshalb, weil wir, die Schüler, mit unseren Forderungen bei den anwesenden Lehrern nur »offene Türen«

einrannten.“ Bereits zu Beginn des Gesprächs seien die Diskutierer sich einig gewesen, daß es über die Wichtigkeit der politischen Bildung an der Schule gar keine Diskussionen geben kann.

In der politischen Schulbildung könne es nur darum gehen, daß der Schüler Politik und Demokratie auch erleben könne. Dazu müsse eine Erweiterung der Schülermitverwaltung durch Konferenzteilnahme und Mitspracherecht in Disziplinarfällen für die Schülerinteressenvertreter erfolgen. Wie, blieb offen. Kahl schreibt: „Eine Änderung der Unterrichts- und Schulreform... muß abgewartet werden. Das Gespräch auf dem Po-

dium beendete der Diskussionsleiter... indem er den Schüler teilnehmern als Richtlinie für ihr Handeln... empfahl: „Unruhe ist die erste Bürgerpflicht.“

Auch in Würzburg am Main war das Ergebnis einer Diskussion „Der Schüler“ kaum ergiebiger, was Richtlinien für die Zukunft angeht. Der Beigeordnete des in Köln ansässiger Deutschen Städtetages, Dr. Sauerbrun, nahm an diesem 6. Bildungspolitischen Gespräch mit zweitägiger Dauer teil. Sein Eindruck: „Es war das vielleicht beeindruckendste, aber auch unbefriedigendste unserer Gespräche. Es wurde nur allzu deutlich, wie groß allgemein die Ratlosigkeit ist.“



Forderung der Schüler: In Politik unterrichten!

Schüler wollen Politik lernen

Tagung der Sprecher

An den Schulen soll möglichst bald politischer Unterricht eingeführt werden. Das forderte jetzt

Schüler wollen Politik lernen

Tagung der Sprecher

An den Schulen soll möglichst bald politischer Unterricht eingeführt werden. Das forderte jetzt auf einer Arbeitstagung der Bezirk Köln des Arbeitskreises für Schülermitverwaltung. Zwei Tage lang diskutierten 50 Schulsprecher und ihre Vertreter im evangelischen Jugendpfarramt am Kartäuserwall aktuelle Fragen der Schülermitverwaltung.

Wie Bezirkssprecher Thomas Kahl gestern vor der Presse erläuterte, sieht der Arbeitskreis für Schülermitverwaltung für sich zwar auch eine politische Aufgabe, doch liege sein Aufgabenbereich mehr bei der „Erziehungs- und Bildungsaufgabe der Schule“. Ausführlich beschäftigte sich während der Tagung eine Arbeitsgruppe mit den Thesen der Unabhängigen Schüler-Gemeinschaft (USG), die eine andere Gesellschaftsordnung will, um die Schulverhältnisse zu verbessern.

Für die Zukunft ist eine gemeinsame Sitzung mit allen Direktoren der höheren Schulen geplant. Eine gegenwärtig durchgeführte Umfrage bei den Schulsprechern über

Radikale abgelehnt

Die offiziellen Vertreter der Schülermitverwaltung wollen diesen radikalen Weg nicht gehen. Daß die „Gesellschaft keine Erziehung zum Untertanen“ will, wie die USG behauptete, erklärten sie sich allein aus der Tatsache, daß es an den Schulen eine Schülermitverwaltung gibt.

Die ist den offiziellen Schülervertretern jedoch nicht ausgeprägt genug. Sie fordern deshalb „mehr echte Aufgaben zur Mitarbeit“. Mit dem Organisieren von Schulfesten und der Beschaffung von Kreide fühlen sie sich jedenfalls nicht mehr ausgelastet.

In einem Katalog stellten sie auf der Tagung ihre Forderungen für die Zukunft zusammen. Danach sollen Schüler künftig auch den Lehrplan mit gestalten können. Zu den allgemeinen Konferenzen in den Schulen sollten auch Schülervertreter zugelassen werden, wie sie auch bei Disziplinarfällen ein Wörtchen mitreden wollen. Vor der Zeugniskonferenz sollen die Lehrer bereits in den Klassen die einzelnen Noten bekanntgeben und begründen, damit sie diskutiert werden können. Mündliche Noten sollen nicht mehr heimlich ins Notizbuch geschrieben, sondern sofort öffentlich verkündet werden. Auch am Hausrecht des Direktors wollen sich die Schüler beteiligt sehen; dazu sollen paritätisch besetzte Schiedsstellen in den Schulen Meinungsverschiedenheiten aus dem Wege räumen.

Umfrage soll klären

Dem Kölner Bezirk des Arbeitskreises gehören 34 Gymnasien aus den Städten Köln, Porz, Bensberg und Bergisch Gladbach sowie dem Landkreis Köln an. In Kürze wollen sie mit den Direktoren ihrer Schulen eine gemeinsame Sitzung abhalten, um vor diesem Gremium ihre Ziele zu erläutern.

Vor zehn Tagen hat der Kölner Bezirk zusammen mit fünf weiteren Bezirken den ersten Schritt zur Gründung einer Vereinigung auf Landesebene getan. Der Kölner Bezirkssprecher Thomas Kahl wurde zum kommissarischen Landessprecher gewählt. Die konstituierende Sitzung soll im Mai stattfinden.

ren Bezirken den ersten Schritt zur Gründung einer Vereinigung auf Landesebene getan. Der Kölner Bezirkssprecher Thomas Kahl wurde zum kommissarischen Landessprecher gewählt. Die konstituierende Sitzung soll im Mai stattfinden.

Schüler organisieren sich — Tagung in Köln

Welche Note aufs Zeugnis kommt, soll der Lehrer vorher in der Klasse besprechen, und der Direktor soll nicht mehr alleiniger Herr im Hause sein. Das sind nur zwei von vielen Forderungen Kölner Schüler, die auf ihrer ersten Arbeitstagung diskutiert wurden. Es tagte der Arbeitskreis für Schülermitverwaltung. Er hat einen direkten Draht nach Düsseldorf.

Die Schüler wollen mit ihrer Mitverwaltung endlich ernst genommen werden, sagt Bezirkssprecher Thomas Kahl. „Macht aber“, meint er, „kommt durch Masse.“ Die Schüler organisierten sich deswegen. Vor einigen Wochen bereits in einer Bezirksgruppe mit 34 höheren Schulen, jetzt sogar auf Landesebene.

Die Massen fehlten allerdings

bei der ersten Tagung. Obwohl ihre Sprecher am Schulhorizont bereits demokratische Silberstreifen ausmachten, mußten die Massen die Schulbank drücken. Von dieser Pflicht befreit waren nur etwa 50 der Damen und Herren. Sie diskutierten zwei Tage lang.

Da ging es um „die Erziehungs- und Bildungsaufgabe der modernen Schule“, um „Moderne Unterrichtsgestaltung“, um die Auseinandersetzung mit der sozialistisch angehauchten Unabhängigen Schülergemeinschaft (USG), die sich außerhalb der Schule bewußt politisch zusammensetzt, und schließlich auch um das allgemeine Desinteresse der Schülermehrheit an ihrer Mitverwaltung.

Die Sprecher geben zu, deswegen klappt alles noch nicht so recht. Dennoch klingt ihr Ziel hochgesteckt: „Nicht mehr Schulbälle veranstalten und Kreide holen, sondern am Erziehungsauftrag der Schule mitarbeiten.“ Und das bedeutet: „Aus Schülern verantwortungsbewußte Staatsbürger machen.“

Kontakte zur Kölner Schulverwaltung, zum Schulkollegium und selbst zum Landeskultusminister sollen dabei und bei der Verwirklichung der Schülerforderungen helfen. Dazu gehören unter anderem: Die Teilnahme an allgemeinen Lehrerkonferenzen, die Einführung eines Fachs „Politik“ und die Übernahme des bisher dem Direktor zustehenden Hausrecht durch ein Gremium, dem auch Schüler angehören.

w. h.

- Anzeiger

K8

20

VON HEIDE ECKERMANN

Der gerade gegründete „Arbeitskreis für politische Bildung Köln“ versuchte sich mit seiner ersten Veranstaltung im Jugendheim Sankt Aposteln. Thema: Schulreform.

Die jugendlichen Gründer, selbst noch Schüler, hatten zum Thema Schule viel Kritik anzubringen, die Mißstände im Schulbetrieb beklagte.

An der Podiumsdiskussion nahmen teil: Dr. Hanna-Renate Laufen (CDU), Dr. Hubert Weber (SPD), Hans-Ludwig Olbertz (FDP), Leonhard Vigelius (Junge Union), Wolf Schöde (Jungdemokraten) und der ehemalige Bezirkssprecher der Schülermitverwaltung (BMV), Thomas Kahl.

Große Enttäuschung äußerten die Kreisgründer über das offenbar mangelnde Interesse an schulpolitischen Problemen, denn man hatte Einladungen an alle Kölner berufsbildenden Schulen, Gymnasien und Realschulen verschickt und so rund 55 000 Schüler anzusprechen versucht. Dennoch erschien nur ein kleines Häuflein Interessierter, darunter auch einige Lehrer. Eben diese Unlust der Schüler, sich für ihre Interessen einzusetzen, wurde zum

Drehpunkt dessen, was die Redner auf dem Podium und im Publikum vorzubringen hatten. Jeder sprach sich für das, was man etwas abgegriffen „Demokratisierung der Schule“ nennt, aus. Doch man erkannte auch, daß die schönste Schülermitverwaltung nichts taugt, wenn sie nur von einer Handvoll „bewußter“ Schüler betrieben wird, die Masse aber sich in typischer Pennälerhaltung gleichgültig verhält.

Die Schüler seien unpolitisch, weil sie weder von ihren Eltern noch von ihren Lehrern zu kritischem, aktivem Verhalten und zur Verantwortung erzogen würden, wurde gesagt. Die Lehrer könnten nicht in diesem Sinne erziehen, weil sie es dank einer denkbar ungeeigneten Ausbildung auf der Universität nicht gelernt hätten. Da die Schüler nicht in den Genuß einer „richtigen“ Erziehung kämen, würden sie später wieder zu Eltern, die ihre Kinder „falsch“ erziehen.

Dieser Kreislauf müsse durchbrochen werden. Die Forderungen dazu: Die Bildungsgehalte müßten modernen Ansprüchen angepaßt werden. Die behördliche Erlaßflut, die Eigeninitiativen im Schulbetrieb lähme, sollte eingedämmt und vor allem das Lehrangebot so gestaltet werden, daß der Schüler seine Bildungsschwerpunkte selbst wählen könne.

Neben den selbstgewählten Schwerpunktfächern müßten nach Ansicht von Frau Laurien Orientierungskurse in den abgewählten Fächern obligatorisch sein, damit der Lernende sich nicht den Zugang zu diesen Wissensgebieten versperrt. Olbertz von der FDP wollte das Gespräch nicht auf die Reform der Gymnasialoberstufen beschränkt wissen. Nach seiner Ansicht soll der Schüler vom ersten Schuljahr an, am besten schon im Vorschulalter, lernen, in seinem Bereich mitzuentcheiden.

VON GERLIND SCHAIDT

Die Frage der Gründung des Kölner Schülerrings (KSR) an allen Gymnasien hat am Montagnachmittag der Arbeitskreis für Schülermitverwaltung (ASM) erörtert. Bisher besteht der Schülerring nur am Humboldt-Gymnasium. Als gemäßigte Gruppe will er eine Alternative zu der Unabhängigen Schülergemeinschaft (USG) bieten.

Der Schülerring soll an jeder Schule durch ein Gremium vertreten sein, das aus sechs Lehrern und fünf Schülern besteht. Jeweils zu Beginn des Schuljahres sollen die Lehrer vom Lehrerkollegium, die Schüler von der Schülerschaft gewählt werden. Die Beschlüsse dieses Gremiums sollen für Lehrer und Schüler bindend sein.

Von der Gründung des Schülerringes versprechen sich die Befürworter dieses Planes eine Belebung der Arbeit innerhalb der Schülermitverwaltung (SMV), da damit dann zwei

Gruppen um die Zustimmung der Schüler werben würden. Der Schülerrat erhalte gleichsam parlamentarischen Charakter, da er als Forum für die Austragung widerstrebender Meinungen dienen könnte.

Ein genaues Arbeitsprogramm des Schülerringes liegt noch nicht vor. Eines seiner Ziele bildet die Oberstufenreform. Auch die Ausrichtung des Unterrichts an der Oberstufe auf die Universitätsanforderungen gehört zu seinen Plänen.

In der Sitzung des Arbeitskreises für Schülermitverwaltung war vor allem die Frage des politischen Mandats der neuen Gruppe innerhalb der SMV umstritten.

Bekanntgegeben wurde, daß am 28. August auf Anregung des Arbeitskreises eine Konferenz aller Kölner Direktoren stattfinden wird, in der unter anderem Fragen der politischen Bildung der Schüler und der Demokratisierung der Gymnasien diskutiert werden sollen.

VON MANFRED BURKHARD

Für undemokratisch und verfassungswidrig hält der Arbeitskreis der Kölner Schülermitverwaltungen (ASM) den Erlaß des Düsseldorfer Schulkollegiums über die Schülerzeitungen. Die Aufsichtsbehörde der höheren Schulen im Rheinland hatte darin eine Verfügung des Kultusministers, der den Schülerzeitungen volle Pressefreiheit garantierte, eingehend kommentiert.

Der SPD-Landtagsabgeordnete und Vorsitzende der Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Lehrer will in einer kleinen Anfrage im Landtag klären, ob sich Kultusminister Holthoff mit dem Erlaß der ihm unterstellten Behörde abfinden will. Thomas Kahl, Vorsitzender der ASM: „Wir stimmen Herrn Toetemeyer voll zu. Der Erlaß verköhrt die Ministerverfügung in ihr Gegenteil.“

Kahl vermutet, daß der Erlaß herausgegeben wurde, weil einige Schulleiter dahinterstecken. Sie seien in den freien Schul-

zeitungen heftiger kritisiert worden, als ihnen lieb war. Jetzt werde den Schulleitern die Möglichkeit gegeben, unliebsame Veröffentlichungen zu verhindern.

Das Schulkollegium hatte bestimmt, daß die Verbreitung von Schülerzeitungen durch die Schulleiter zu unterbinden sei, wenn die Autorität der Schule angetastet oder der Schulfriede durch Mißachtung des Glaubens und der Überzeugung anderer gestört werde.

Dazu Schülersprecher Kahl: „Die Autorität eines Lehrers

kann durch einen Artikel in einer Schulzeitung doch nur dann untergraben werden, wenn echte Autorität ohnehin fehlt, oder wenn im Gebälk der Schulleitung schon einige Bretter morsch sind. Durch autoritäre Maßnahmen kann die angeknackste Autorität auch nicht wiederhergestellt werden.“

Die Schüler befürchten, daß durch den Erlaß der Düsseldorfer Schülerräte schon dann eine Zeitung von der Schulleitung verboten werden kann, wenn sie die Meinung eines einzelnen Lehrers nicht akzeptiert. Für sehr bedenklich halten Thomas Kahl und Ulrich Schwinges, der Bezirkssprecher der „Jungen Presse“ (Vereinigung der Schülerzeitungen), daß die Schulleiter alleine entscheiden sollen, wann die Meinungsfreiheit eingeschränkt werden kann.

Kahl: „Das widerspricht der Landesverfassung, die eine demokratische Erziehung fordert, und dem Grundgesetz, das die Pressefreiheit garantiert. Die Verfügung steht auch eindeutig im Widerspruch zum Pressegesetz, das nach der Verfügung des Kultusministers auch für die Schülerpresse gilt.“

Gegen die Verhaltensweise des Schulkollegiums will der ASM beim Kultusminister in Düsseldorf Protest einlegen. Den Redakteuren, die durch die Verfügung Schwierigkeiten mit den Schulleitern bekommen, wird volle Unterstützung zugesagt.

Thomas Kahl: „Daß unsere Befürchtungen nicht grundlos sind, beweist ein Beispiel aus den letzten Tagen. Die Leiterin einer Kölner Mädchenschule machte das Recht geltend, bei der Wahl der Schulsprecherin mitzubestimmen.“

Kölnische Rundschau
9. September 1968

Teach-in: Rebellische Schüler? Autoritäre Lehrer?

Mittwoch, 11. September 1968, 20 Uhr

Friedrich-Wilhelm-Gymnasium
Köln, Severinstraße 241

Eingeladen sind Schülerinnen und Schüler der Oberstufe, Lehrer und Eltern. Eintritt ist frei. Es diskutieren auf dem Podium:

Beate Burgwinkel

als Primanerin

Rudi Conin

als Politiker und Stadtverordneter

Dr. Robert Frohn

als Oberstudiendirektor

Thomas Kahl

als Primaner vom Arbeitskreis
Schülermitverwaltung (ASM)

Hans Ludwig Olbertz

als Oberstudienrat und Landessprecher
der Vertrauenslehrer Nordrhein

Claudia Stellmach

als Studentin vom Sozialdemokratischen
Hochschulbund (SHB)

Dr. Marie-Theres Zippel

als Mutter und Vorstandsmitglied der
Landeselternschaft Nordrhein-Westfalen

Leitung der Diskussion:

Dr. Hermann Boverter

von der Thomas-Morus-Akademie

Die Reformer wollen nicht nur einzelne Punkte, sondern gleich das ganze System reformieren. Sie mußten sich fragen lassen, ob sie sich überhaupt noch zu den Grundlagen bekennen, nach denen der Staat angetreten ist. Eine Studentin antwortete: Nicht der bestehende Staat, sondern ein von Grund auf reformierter, die sozialistische Demokratie, sei ihr Ideal. — Das geschah nicht in Prag, sondern in Köln bei einem Teach-in über die höhere Schule.

Das Gesprächspodium beherrschte die Thomas-Morus-Akademie. Träger: der Diözesanrat im Erzbistum Köln. Di-

Lockere Zähne?

Jährlich millionenfach angewendet:

Nur 1 Tropfen
10ME DROP ONLY

das medizinische Mundwasser mit Fluor

rektor und Diskussionsleiter: Dr. Hermann Boverter, Autor einer Pro-Notstands-Illustration der Bundesregierung.

Schule zu rechts? Schüler zu links?

Nach 22 Uhr ergriffen die Studenten das Wort

Von unserem Redakteur Friedrich K. Kurylo

Den Saal dagegen beherrschten linke Studenten und Lehrer. So wurde es, wie Oberprimarin Beate Burgwinkel nach dem zweieinhalbstündigen Nebeneinander-her- und Aneinander-vorbei-Reden resignierend sagte, eine „Diskussion auf zwei Ebenen“.

Statisten

Oberprimarin Beate hatte mit auf dem Podium der Veranstalter gesessen. Als nahezu wortloser Statist. Ebenso wie Oberprimar Thomas Kahl vom Arbeitskreis Schülermitverwaltung. Auch die Schüler im Saal, deren Rebellion (mit Fragezeichen im gedruckten Programm) die Thomas-Morus-Akademie diskutieren wollte, trugen nicht viel mehr zur Debatte bei als die Bemerkung einer Schülerin, gegen die Notstandsgesetzgebung sei nur demonstriert worden, weil da-

durch ein paar Stunden ausfielen“.

Solche Argumente und die Schweigsamkeit der „rebellischen Schüler“ ließen Oberstudiendirektoren und Veranstalter frohlocken. Zeigen sie doch, daß die Rebellion im Grunde ein von außen in den Schulhof gestellter Popanz ist. Daß an der Schule bis auf ein paar Kleinigkeiten, die ein paar alte Lehrer mit NS-Vergangenheit und das recht konservative Schulkollegium in Düsseldorf gelegentlich verbocken, alles in Ordnung ist.

Mit diesem Eindruck hatte die Diskussion pünktlich um 22 Uhr beendet werden können, wenn die anderen nicht da gewesen wären: die Abiturienten und Studenten, die jetzt nicht mehr in der abhängigen Position von der Schule sind“ (Studentin Fr. Stellmach).

Sie kritisierten die höhere Schule als „reaktionäre Klassenschule“ mit „faschistoiden Geschichtsunterricht“. Ein junger Studienrat sprach von einer „konservativen, weitgehend rechtsgerichteten Geisteshaltung“ an der höheren Schule. Die Referendarzeit habe kein andere Funktion als „junge Leuten das politische Rückgrat zu brechen“. Ein anderer Studienrat nannte als Ergebnis der „angepaßten Schüler, der in seiner Meinung genauso wenig abweicht wie der angepaßte Bürger“.

Schüler verteidigt

Wieviel Wahrheit war in diesen Angriffen? Als ein Studienrat („ich bin liberal“) die schweigenden Schüler verteidigte, daß sie hier saßen und nicht redeten sei ein Ergebnis dieser Schule, in der sie nicht gelernt haben, sich auszudrücken, klatschten auch die anderen lebhaft Beifall.

Opas Gyr

Es ist uns leider nicht
riums als Gast zu gewi
gen", versuchte Dr. Bove
Bensberg und Leiter der
sichige zu umschreiben.
wochabend im Friedrich
Schüler? - Autoritäre Le
mit Johlen und höhnisch

Die Herren in Düssel
den am Mittelpunkt ha
würfe. Sie kamen aller
niger von rebellierenden

die Direktoren, sondern das Schul-
kollegium!" folgte daraufhin
Thomas Kahl, Primaner vom Ar-
beitskreis Schülermitverwaltung,
recht kühn.

Die anwesenden Oberstufenschü-
ler waren im übrigen mit ihren
Gesprächsbeiträgen sehr zurück-
haltend. Auch die Vertreter der
unabhängigen Schülergemeinschaft
ließen sich gern die Schützenhilfe
der wortgewandteren Studenten ge-
fallen. „Die mangelnde Teilnahme
ist nicht ihnen anzulasten“, nahm
ein Studienrat die Schüler in
Schutz und rief: „Sie werden in
der Schule ja dauernd abgewürgt!
Jetzt sitzen sie hier und können
sich nicht ausdrücken!“

Diese Fähigkeit bewiesen dafür
zur Genüge Claudia Stellmach,
Mitglied des Sozialdemokratischen
Hochschulbundes, und ihre links-
stehenden Kommilitonen. Immer
wieder lenkten sie das Gespräch
vom Thema der Schulreform auf
das Problem einer umfassenden
Gesellschaftsreform. Claudia Stell-
mach bekannte, daß „eine freie
Gesellschaft nur innerhalb des So-
zialismus, nicht aber innerhalb des
Kapitalismus denkbar“ sei.

Da sich Oberstudiendirektor
Dr. Frohn mit Schlagworten nicht
zufriedengeben wollte, drohte die
Diskussion zeitweilig in emotio-
nal aufgeladene, politische und
ideologische Agitation abzugleiten.
Ein Vater verbat sich energisch
die autoritäre Verwaltung des Mi-
krofons durch die Kommilitonin,
und Rudi Conin, der als Politiker
am Gespräch teilnahm, argwöhn-
te, daß die Studenten die Schüler
mißbrauchten, um ihr eigenes
Suppen besser kochen zu kön-
nen.

Übereinstimmung herrschte je-
doch in bezug auf die Hauptfor-
derungen, die von den Rebellen
aller beteiligten Gruppen an die
Schule der Zukunft gestellt wer-
den: „Mitbestimmung der Schü-
ler“, lautet die Parole.

Diese Mitbestimmung soll sich
auf Wahl des Lehrers, des Faches,
der Gegenstände und Methoden er-
strecken. Manipulationen seitens
der Lehrer beim Verteilen von
Zensuren sollen durch Beteiligung
der Klasse an der Notengebung
unterbunden werden. Der Schü-
lsprecher muß ohne Überwachung
eines Vertrauenslehrers gewählt
werden können.

Im Ohnmachtsgefühl der recht-
losen Schüler sah Dr. Boverter
ihre Aufbegehren begründet. Der
Bericht eines Schülers vom Abend-
gymnasium über dort übliche Gän-
gelungsmethoden erhärtete diese
These. Große Offenheit und eine
bemerkenswerte Portion Zivilcou-
rage kennzeichneten auch das Ver-
halten anderer Diskussionspartner.

Besondere Beachtung fanden ein
Studienrat, der von persönlichen
Erfahrungen mit autoritären Ver-
sätzen berichtete, sowie ein
Primaner, die den Mut hatte zu
behaupten, daß viele Schüler gegen
die Notstandsgesetze demonstriert
hätten, weil ein Stundenausfall da-
bei herausprang.

Mit anhaltendem Beifall wurde
das Angebot einer Studienrätin be-
dacht, die vornehmlich die Kom-
militonin auf dem Podium einlud,
zwecks Unterbreitung konstruktiv
Reformvorschläge eine Woche
lang an ihrer Schule die Mitge-
staltung der Schüler am Stoffplan
zu studieren.

gültig tot

ns zu den Schülerzeitun-
tem der entsprechende Er-
Kultusministers nach Mei-
n Oberstudienrat Olbertz,
adessprecher der Vertrau-
Nordrhein, sinnwidrig in-
rt wird.

Dr. Zippel, die als Vor-
tglied der Landeseltern-
RW am Podiumsgespräch
unterstützte den Protest.
toritären Leute sind nicht

immer
sprach
n auf
enden
Stell-
freie
es So-
lb des

rektor
nicht
te die
motio-
und
lehen.

irgisch
es Mi-
tonin,
litiker
wohn-
chüler
eigenes
kon-
zu studieren.

Gespräch: Lehrer, Eltern und Schüler

VON JOHANNES DESCHAMPS

„Autoritär ist Mißbrauch der Autorität“, erklärte ein Lehrer. Der Schülervertreter sprach von „autoritären Mitteln der Lehrer“, wenn die Fähigkeit zu überzeugen fehle. „Wir müssen mit diesen Lehrern leben, wir können sie nicht ausrotten.“

Wie autoritär ist unsere Schule? So lautete die Fragestellung bei der Podiumsdiskussion am Dienstagabend in der Brücke, veranstaltet vom Pädagogischen Forum der Volkshochschule. Unter Leitung von Professor Dr. Anton J. Gail (Pädagogische Hochschule Köln) nahmen Oberstudiendirektorin Dr. Hanna Renate Laurien und Studiendirektor Heinz Hengstenberg, als Schülervertreter Brigitte Lohmar und Thomas Kahl, als Elternsprecher Friedrich W. Räuker an der Runde teil.

Was für Sextaner durchaus am Platze sei, müsse nicht auch für Oberprimaner gelten, meinte Kahl. In den Oberstufen gäbe es zuviel des Guten an autoritärem Handeln der Lehrerschaft. Die Reaktion der Schüler sei Rebellion.

Von gestufter Ordnung und nach Alter gestufter Freiheit sprach Frau Dr. Laurien. Fordern sei zugleich Fördern.

Eine echte Förderung des einzelnen sei bei den heute üblichen sehr großen Klassen gar nicht möglich, warf Brigitte Lohmar ein. Man käme doch höchstens einmal in der Stunde dran.

Elternvertreter Räuker unterschied zwischen Lehrern mit echter, natürlicher Autorität und solchen, die zwar enorme Sachkenntnisse, aber keine Autorität hätten. Seine Folgerung: „Toleranz ist oftmals gepaart mit Bequemlichkeit.“

Die Struktur unseres Bildungs-

wesens sei seit 100 Jahren kaum verändert, stellte Studiendirektor Hengstenberg fest. Ohne grundlegende Reform sei das Problem nicht zu lösen. Und damit war man beim Thema, wie die Schulform verbessert werden könne. Oberprimaner Kahl schlug vor, die Oberprima ganz abzuschaffen und statt dessen für bestimmte Interessengebiete an der Universität Kurse einzurichten. Das würde viel Zeitersparnis bedeuten und die Eingewöhnung in das Universitätsleben erleichtern. Kahl hatte auch als Zwang angekreidet, daß der Schüler in sämtlichen Fächern ordentliche Noten erbringen müsse, auch wenn er sich nicht für alles interessiere und für sein späteres Berufsleben nie gebraucht werden könne.

Hier stand ein Student aus dem Publikum auf: „Wollen Sie eine Vorverlegung des Fachidiotentums in die Oberprima? Wir Studenten kämpfen dagegen, und jetzt fordern schon Oberprimaner diese einseitige Ausbildung!“

Auch Frau Dr. Laurien plädierte im Hinblick auf die fortwährende Veränderung des Berufslebens für eine umfassende Wissensvermittlung: „In unserer naturwissenschaftlich geprägten Welt ist ein gewisses Quantum Informatik auch für den Sprachkundler vonnöten.“

Fräulein Lohmar trat für eine Kollegform der letzten zwei Schuljahre und für ein Wegfallen der Klassenarbeiten („Die halten doch immer den ganzen Betrieb auf.“) ein. Am Ende jeden Halbjahres sollten dagegen Prüfungen sein, die auch die Angst vor dem Abitur nehmen könnten.

Gesprächsleiter Professor Gail stellte am Ende fest, daß die Schüler weniger Kritik an der Lehrerschaft als an der Sache, an der Schulstruktur geübt hätten.

Plötzlich stand die APO im Saal

Schüler geben Auskunft: Wie autoritär ist unsere Schule? - Diskussion in Köln

Wenn unsere Schulen „autoritär“ sind, dann wird das ein Schüler im Beisein von Lehrern öffentlich kaum bekennen. So wenigstens denkt sich das ein Zeuge vergangener autoritärer Tage. Aber da irrt er sich. Heutige Schüler halten den Mund nicht.

Wie sich die Schulen nun wirklich benehmen, das mußte man zwischen den Sätzen der Podiumsmonologe heraushören, als vorgestern Abend im großen Saal der Kölner „Brücke“ unter der Leitung von Prof. Dr. Anton J. Gail diskutiert wurde. Die Volkshochschule als Veranstalter hatte zwei Gymnasialdirektoren, zwei Oberprimaner und einen Elternvertreter in seine Obhut gegeben. Durch ein politisches Prisma betrachtet, zerfiel die Erleuchtung, die das Diskussionsgremium ausstrahlte, in die Spektralsektoren bedingt liberal, nicht bedingt liberal und nicht unbedingt liberal. Aus dem Saal kamen dann noch zwei Abtönungen hinzu, radikal liberal und lieber radikal.

An der Position des Quintanervaters Friedrich W. Räuer (beim 3. Fernsehprogramm strahlt er Wissenschaft aus) hätten die übrigen Diskutanten eine Absprungbasis finden können, wenn es ihnen auf Auseinandersetzung angekommen wäre. Räuer schickte unerschrocken die „alten Studien-

professoren“ in die Debatte, zu denen man „in einem guten Sinne aufblicken“ konnte wie zu richtigen „Vorbildern“. Leider hockte kein Exemplar dieser Gattung auf dem Podium, sonst wäre das eine ganz andere Kirmeis geworden, Gott steh' mir bei!

Räuer bekannte ja selber, wozu diese Leute fähig waren: Einen Sextaner dem Herrn Direktor vorzuführen, weil er keinen Purzelbaum konnte. „Ein zehnjähriger deutscher Junge, und keinen Purzelbaum!“ Klassisch, dieses Beispiel für pädagogische Beschämungsspiele!

Von so viel Säuerlichkeit nahm Räuer Abstand, wies aber dann auf die heute zahlreichen Gegensätze zwischen den Ordnungsvorstellungen der Elternhäuser und der Schule hin und fragte ernsthaft, ob die heutige Schule Persönlichkeiten mit echter Autorität oder bloß „Personen vorn stehen hat, die sich auf eine formale Autorität berufen, hinter der aber, bis auf ein möglicherweise enormes Sachwissen, nicht mehr viel steckt“.

Er befürchte, daß eine solche Lehrerschaft in den Fehler ver falle, „in einer als Toleranz getarnten Bequemlichkeit sich zu arrangieren mit den Mächten von morgen“, und die Dinge dahin treibe, daß der Schüler Werte, wie Ordnung und Pflichterfüllung nicht mehr erfährt und

nicht mehr für notwendig hält, woraus sich für die Gesellschaft nur katastrophale Folgen ergeben könnten.

Der Diskussionsleiter entschied diese in vieler Hinsicht beunruhigende Frage einfach, indem er sich ihren charakterologischen Pferdefuß zu eigen machte und damit in anderer Richtung davontabte: Autoritäres Verhalten sei das Hilfsmittel des weniger befähigten Lehrers. Von der Vorbild-Autorität, so Anton J. Gail, müsse der Erzieher sehr bald den Übergang finden zur Autorität durch Partnerschaft mit dem Schüler. Gut gebrüllt, pädagogischer Löwe! Nur war es einem, als hätte Majestät nichts weiter als jene Zielscheibe vorgezeigt, auf die der Vorredner schon geschossen hatte. So blieben zwei Auffassungen einfach nebeneinander stehen. Das ist ja vielleicht pädagogisch sogar das Beste.

Der Primaner Thomas Kahl bewies wahre Menschlichkeit und Einsicht durch selbstkritische Überprüfung seines geheimen Lehrerbilds: „Ob der Mann nicht einfach unfähig ist und deshalb autoritäre Mittel anwendet?“, und besonders durch seine Tröstung an die Adresse vieler: „Wir müssen einsehen, daß wir diese Lehrer nicht einfach ausrotten können. Wir müssen mit ihnen arbeiten, ob wir wollen oder nicht.“ Primaner Kahl und Primanerin Brigitte

Lohmar „Autorität an sich ist wohl etwas ganz Positives, aber es entstehen daraus manchmal negative Folgen“ faßten eine Änderung des Schulsystems ins Auge, er die Abschaffung der Oberprima zugunsten einer früheren Einführung in die Universität, sie die Umwandlung bei der Primklassen in eine Collestufe (wofür sie viel Beifall bekam). Doch beide mußten sich von einem wortgewandten und in der Thematik beschlagenen Lehramtskandidaten aus dem Publikum „Überforderung“ nachsagen lassen. Mit diesem Fachmann neuer Art, der leise sprach und einen schwarzen Vollbart trug, stand auf einmal die APO im Saal.

Jemand ermahnte zur Sachlichkeit, als der rote Schwarzbart gegenüber der beherrschenden Rednerin des Podiums, Oberstudiendirektorin Dr. Hanna Renate Laurien, persönlich wurde („Liberal kann man sich geben, wenn man Macht hat, Sie gehören zum Zentralverband der Katholiken, zum CDU-Schulbund, und Sie haben Rückhalt beim Ministerium“). „Sie wissen ganz genau, daß Sie sich in der Notstandsaktion ganz anders verhalten haben, als Sie hier tun“, usw.). Die Angegriffene beantwortete die Vorhaltungen und gab damit zu erkennen, daß sie sie als sachliche Notierungen zum (gegnerisch gesehenen) Bild dieser Gesellschaft verstanden hatte, deren Schule sich soeben im Kreuzverhör befand.

Schade, daß die Veranstalter sich gescheut hatten, die APO aufs Podium zu nehmen. Muß man sich mit ihren Thesen vielleicht nicht frontal auseinandersetzen, zumal bei einem solchen Thema und wenn man, wie Studiendirektor Heinz Hengstenberg, dafür eintritt, sogar schon recht junge Schüler parteipolitischen Agitationen auszusetzen, weil Gesellschaft und Schule nicht zu trennen seien? Oder wenn man, wie Anton J. Gail, eine Änderung des Schulsystems zu befürworten scheint und nach Änderung der Gesellschaft als dessen Voraussetzung trachtet?

Unsere Schule mag „autoritär“ sein. Aber die Reformer sollen deutlicher werden.

Gerhard Fauth

wen Gesellschaft und Schule nicht zu trennen seien? Oder wenn man, wie Anton J. Gail, eine Änderung des Schulsystems zu befürworten scheint und nach Änderung der Gesellschaft als dessen Voraussetzung trachtet?

Unsere Schule mag „autoritär“ sein. Aber die Reformer sollen deutlicher werden.

Gerhard Fauth

Gegen den Minister

Kölner Schülermitverwaltung fügt sich nicht

Von „politisch links“ bis „rechts liberal“ bezeichneten sich die drei Kandidaten, die sich auf der Vertreterversammlung des Arbeitskreises für Schülermitverwaltung (ASM) um das Amt des Bezirkssprechers bewarben.

Die Mitglieder des Kölner ASM sind damit nach den Worten ihres bisherigen Bezirkssprechers Thomas Kahl „die einzig Progressiven in ganz Nordrhein“.

Der Groll der „Progressiven“ richtete sich auf dieser Sitzung in erster Linie gegen einen Erlaß des Kultusministeriums vom 16. 10. dieses Jahres, in dem die Rechte und Pflichten der Schülermitverwaltungen des Landes Nordrhein-Westfalen festgelegt sind.

In einer Resolution formulier-

ten die Kölner Schülervertreter ihre Kritik, die sich weniger gegen einzelne Artikel des neuen Erlasses, als gegen die „autoritär-bürokratische Form die Arbeit der SMV bis ins Detail festlegen zu wollen“ richtet.

Der Kölner ASM wird sich als einziger Schülerverband des Landes dem Erlaß des Kultusministeriums nicht fügen, da seiner Ansicht nach Verwaltungsvorschriften für Schüler juristisch keine unmittelbare Verbindlichkeit haben.

Unter Leitung ihres neugewählten Bezirkssprechers Christian Berg, Schüler eines Aufbaugymnasiums und Herausgeber zweier Schülerzeitungen, werden die SMV-Vertreter ihre Resolution auf einer Tagung des Landesverbandes SMV-Nordrhein zur Diskussion vorlegen.

S.E.

S T A D T K Ö L N
V O L K S H O C H S C H U L E
und Pädagogisches Institut

Sehr geehrter Herr Kahl!

Hiermit laden wir Sie zu der Fachtagung "Demokratie und Erziehung" ein, die am Freitag, 18. April, von der Volkshochschule in Verbindung mit dem Pädagogischen Institut durchgeführt wird. Es geht dabei vor allem um ein Gespräch zwischen einigen Wissenschaftlern und Vertretern der Praxis. Professor Dr. Thomas Ellwein, Frankfurt, wird die Diskussion leiten. Professor Dr. Hans-Hermann Groothoff, Köln, als Pädagoge - Professor Dr. Reinhard Tausch, Hamburg, als Psychologe - Professor Dr. Manfred Teschner, Darmstadt, als Soziologe haben ihre Teilnahme zugesagt.

Vormittags von 11 bis 13 Uhr diskutieren die Praktiker im Hause der Volkshochschule, Josef-Haubrich-Hof 1 (am Neumarkt), Raum 504, mit den Wissenschaftlern, wobei vor allem eine Abgrenzung des Themas und eine Übereinstimmung über Schwerpunkte des Themas erzielt werden sollten.

Nach dem Mittagessen können Filme zur politischen Bildung berücksichtigt werden und folgende Ausstellungen: "Lehr- und Arbeitsmittel zur politischen Bildung", "Bücher zur Politik" und "Köln 1945".

Von 16 bis 18 Uhr diskutieren die Arbeitsgruppen unter sich das Thema aus ihrem spezifischen Gesichtspunkt aus. Hierbei sollen einige Thesen oder Fragen formuliert werden, die abends dann ein Sprecher dieser Gruppe bei der großen Podiumsdiskussion vorträgt.

Um 19.30 Uhr ist dann im Sartory-Saal Friesenstraße vor einem größeren Publikum eine Podiumsdiskussion, an der die einzelnen Wissenschaftler und je ein Vertreter jeder Arbeitsgruppe miteinander diskutieren.

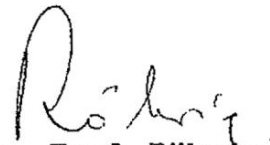
Wir bitten Sie, an der Tagung teilzunehmen und insbesondere an den Beratungen der Gruppe "Schülermitverwaltung". Herr Christian Berg und Herr Axel Seip werden gemeinsam auf dem Podium den Standpunkt der SMV vertreten. Geben Sie uns bitte möglichst bald Nachricht, ob Sie teilnehmen werden. Die Kosten für Mittag- und Abendessen übernehmen die Veranstalter.

In einem besonderen Schreiben haben wir den Direktor Ihrer Schule gebeten, Sie an diesem Tage vom Unterricht zu befreien.

Wir würden uns freuen, wenn Sie teilnehmen könnten und haben außerdem noch die Bitte, interessierte ältere Schüler auf die öffentliche Podiumsveranstaltung am Abend hinzuweisen.

Mit freundlichen Grüßen

gez. Hilmar Ankerstein
Direktor des Päd. Instituts
(z.Z. verreist)


(Dr. Paul Röhrig)
stellv. Direktor der VHS